

# Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.  
Hauptredaktion: Gabelsbergerstr. 25/241  
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr: In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 17,50 M., vierteljährlich 52,50 M.  
Anzeigen-Preise: Die einseitige 37 mm breite Zeile 4,- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter 200 W. u. Wohnungsanzeigen, 1 spaltige Anz. u. Besuche 25,- M. Bezugsgebühren laut Zard. Kassendrucke gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Vertrieb und Abonnementsstelle:  
Martenstraße 33/40.  
Druck u. Verlag von "epich & Neichardt in Dresden."  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Vorpostengefechte für Cannes.

### Die gemeinsamen Interessen der Alliierten.

Paris, 4. Jan. Der „Tempo“ bringt in seinem Leitartikel auf die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen der Alliierten bei den Verhandlungen in Cannes. Die französischen Interessen mit denen Belgiens in Gegensatz zu bringen, wäre Wahnsinn. Italien und Frankreich hätten ebenso große Interessen im Mittelmeer, das allein ihre Eingangs- und Abgangspunkte ihrer Wirtschaftlichen Beziehungen sichern könne. Die Bedingung für den dauernden Frieden Europas und die Wiedergewinnung des Handelsmarktes besteht nach dem „Tempo“ darin, daß Frankreich und England einer dem anderen verpflichteten seien, sich mit aller Kraft zu unterstützen, wenn sich ein deutscher Angriff vorbereite. Deutschland müsse später unter gewissen Bedingungen dieser gegenseitigen Verpflichtung beitreten. Die französisch-englische Allianz ist tatsächlich das einzige Mittel, Deutschland ohne Erschütterung und ohne Gefahr für irgend jemanden in die Familie der Nationen zurückzuführen. (W. T. B.)

London, 4. Jan. Die „Times“ bringt in ihrem Leitartikel auf die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen der Alliierten bei den Verhandlungen in Cannes. Die französischen Interessen mit denen Belgiens in Gegensatz zu bringen, wäre Wahnsinn. Italien und Frankreich hätten ebenso große Interessen im Mittelmeer, das allein ihre Eingangs- und Abgangspunkte ihrer Wirtschaftlichen Beziehungen sichern könne. Die Bedingung für den dauernden Frieden Europas und die Wiedergewinnung des Handelsmarktes besteht nach dem „Tempo“ darin, daß Frankreich und England einer dem anderen verpflichteten seien, sich mit aller Kraft zu unterstützen, wenn sich ein deutscher Angriff vorbereite. Deutschland müsse später unter gewissen Bedingungen dieser gegenseitigen Verpflichtung beitreten. Die französisch-englische Allianz ist tatsächlich das einzige Mittel, Deutschland ohne Erschütterung und ohne Gefahr für irgend jemanden in die Familie der Nationen zurückzuführen. (W. T. B.)

Paris, 4. Jan. „Journal des Débats“ schreibt: Die Konferenz von Cannes habe nicht die Aufgabe, ein englisches-französisches Bündnis auszuarbeiten. Der Abschluß eines Bündnisses mit England würde keinerlei Ordnung schaffen. Es würde Frankreich nur eine illusorische Sicherheit bieten, wenn diesem Bündnis nicht die Regelung wichtiger bedeutender Fragen vorausgehe, die Frankreich und England beschäftigen. Unter diesen Fragen sei die dringende die Reparationsfrage. (W. T. B.)

### Die Lösung des belgischen Prioritätsproblems.

#### Ungeklärte Konzessionen an Frankreich und Belgien.

Paris, 4. Jan. Die „Information“ glaubt unrichtig zu sein, daß zur Lösung des schwierigen Problems der belgischen Priorität englischerseits der sofortige Abschluß eines Abkommens unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages gewährt werden sollte. 150 Millionen Goldmark zu verzinsen. Außerdem würde sich England bei den Vereinigten Staaten dafür einsetzen, daß diese die Zahlung eines Belgien gewährten Vorschusses von 500 Millionen Goldmark, deren Zinsen im belgischen Prioritätsfall, hunderten. Frankreich würde man dadurch entkommen, daß die 100 Millionen Goldmark, die ihm für die Saargruben anzurechnen werden sollen, einweilen nicht vermindert würden, sondern vollständig auf dem französischen Schuldkonto ein offener Posten bleiben. Endlich würden die Bestimmungen, die am 18. August von der Konferenz der Finanzminister in Paris getroffen wurden und die sich auf den Preis der deutschen Kohlen beziehen, fallen gelassen werden. Man würde für die deutsche Kohle den Preis der französischen, oder falls sich die nach St. Quentin beförderte englische Kohle billiger stellen sollte, deren Preis berechnen. Endlich würde Frankreich von englischer Seite das Recht erhalten, daß England dem Wiesbadener Abkommen keine Zustimmung geben würde, jedoch mit der Abänderung, daß Deutschland im Jahre 1922 nur 1 1/2 Milliarden und 1923 und 1924 für je 1 1/2 Milliarden an Naturalieferungen zu leisten hätte, statt der für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 1. Mai 1926 vorgesehenen 7 Milliarden.

Was den Plan eines internationalen Finanzkonjunktionsplans, so behauptet die „Information“, daß dieses Konjunktionsplan auch berechtigt sein sollte, Banknoten auszugeben, deren Rückzahlung in der Währung jener Länder erfolgen sollte, deren Finanzinstitute sich an den Operationen des Konjunktionsplans beteiligten. Diese Noten würden durch Gold oder Barren der genannten Länder in ihrem Werte garantiert werden.

#### Wiederaufbau von Westen nach Osten.

London, 4. Jan. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ behauptet, daß sich das internationale Finanzkonjunktionsplan in der Hauptsache mit dem Wiederaufbau der ökonomischen Nachkriegswirtschaften beschäftigen sollte. Man sei dabei übereingekommen, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas schrittweise von Westen nach Osten durchgeführt werden sollte. Das sei eine draktische Methode, da das wirtschaftliche Chaos in Europa von Westen nach Osten anwuchs. Das Kapital dieses Konjunktionsplans von 30 Millionen Pfund Sterling müsse aber verteilt werden, wenn man am wirtschaftlichen Wiederaufbau Anstalten arbeiten sollte.

#### Anfälligkeit des ganzen Reparationsproblems?

Berlin, 4. Jan. Wie der Sozialdemokratische Parlamentarier erklärt, habe sich die Reparationskommission mit den Ausführenden des Staatssekretärs Fischer auf die Rückfragen der Entente zufriedengegeben, so daß eine schriftliche Beantwortung der Rückfragen nicht mehr nötig sei. Dagegen hätten die Verhandlungen zwischen der Kommission und nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt, und somit werde in Cannes über die Angelegenheit der Januar- und Februar-Zahlungen hinaus bestimmt das ganze Reparationsproblem angesetzt werden.

#### Brands Ankunft in Cannes.

Cannes, 4. Jan. Ministerpräsident Brand ist heute mittags mit Begleitung hier eingetroffen. (W. T. B.)  
Cannes, 4. Jan. Brand wird nachmittags eine erste Zusammenkunft mit Lloyd George haben, an der auch Doucet und Sir Robert Horne teilnehmen sollen. (W. T. B.)

### Lloyd George gegen Zwangsmaßnahmen.

Paris, 4. Jan. Aus Berliner Quellenkreisen melden die Pariser Blätter, Lloyd George sei entschlossen, in Cannes sich für die Aufhebung der Sanktionen und für die Unterdrückung aller Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland einzusetzen, weil solche Maßnahmen nur dazu führen könnten, Deutschland noch mehr zu desorganisieren. Es läge aber im Interesse der Entente, für die wirtschaftliche Erhebung Deutschlands zu sorgen.

#### Guanaris in Cannes.

Paris, 4. Jan. Man hält es immer noch für möglich, daß die Konferenz der Außenminister nicht, wie bisher beabsichtigt, in Paris, sondern in Cannes abgehalten werden könnte. Der griechische Außenminister Guanaris hat heute Rom verlassen und ist nach Cannes abgereist, wo er einige Zeit verweilen wird. Er wird dort während der ganzen Dauer der Konferenz Aufenthalt nehmen. Die Verhandlungen mit der italienischen Regierung über die Anteil am Ägäischen Meer haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Guanaris hofft aber, daß ein solches in Cannes zustandekommen könnte.

### Im Zeichen der Wiederherstellung Europas.

London, 4. Jan. Der politische Berater des „Manchester Guardian“ schreibt: Die in einigen Wochen ausfindenden Neuwohlen würden von der Arbeitslosenfrage befreit werden. Das von der Regierung dafür vorgeschlagene Mittel sei die Wiederherstellung des Handels und zu diesem Zwecke die Wiederherstellung Europas, insbesondere Deutschlands und Italiens. Die Hindernisse lägen im Zustande, insbesondere in Frankreich. Sowohl gegen Frankreich als auch gegen ganz Europa werde Lloyd George und seine Regierung viel härter dastehen, wenn Neuwohlen sie behält hätten. Wenn die Regierung eine Niederlage erleiden sollte, so könnte eine liberale oder eine Arbeiteropposition folgen, die sich ganz unwillkürlich vereinigen würden, um noch entschlossener die Wiederaufbaufrage zu verteidigen, die die jetzige Regierung schon angenommen habe. (W. T. B.)

### Amerika und die europäische Wirtschaftslage.

London, 4. Jan. Neuer meldet aus Washington: Präsident Harding und das amerikanische Kabinett verbrachten zwei Stunden mit der Erörterung der europäischen Wirtschaftslage. Amlich wird mitgeteilt, daß der letzte Beschluß bezüglich der amerikanischen Politik in der Frage der Teilnahme an der europäischen Konferenz gefaßt wurde.

### Das Kompromiß in der Unterseebootsfrage.

#### Unerwartete Nachgiebigkeit Frankreichs.

Paris, 4. Jan. Pavao meldet aus Washington: Frankreich hat grundsätzlich den amerikanischen Vorschlag angenommen, der eine Verwendung von Unterseebooten gegen Handelsfahrzeuge verbietet. Die Delegierten haben sich aber die endgültige Zustimmung vorbehalten, bis der genaue Wortlaut der Erklärung erörtert ist. England hat bereits zugestimmt. Obwohl die italienischen Delegierten keine endgültigen Annahmen erließen, haben die gestern abend vorliegenden Angaben die Annahme zugelassen, daß weder Italien noch Japan ernstliche Einwendungen erheben würden, wenn der Vorschlag die volle Zustimmung Frankreichs erhalte. (W. T. B.)

#### Washington, 4. Jan. Gestern abend nach Satraut im

Verlaufe der Debatte über die Beschränkung des Unterseebootskrieges folgende Erklärung ab: Frankreich nimmt ohne Vorbehalt nicht nur die Entscheidung Rotes, sondern auch den Vorbehalt an. Was die amerikanische Entscheidung anlangt, so nehmen wir den Inhalt vollständig an. Die Abwärtswirtschaften werden dieser Entscheidung die endgültige Form geben, damit ihre Bedeutung durchaus klar ist. (W. T. B.)

#### Die festgefahrene Schantungfrage.

London, 4. Jan. Es verlautet, daß die chinesische Delegation Valfour und Hughes erwidert habe, in der auf einen roten Punkt gelangten Schantungfrage zu vermitteln. (W. T. B.)

### Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Dr. Birth's Bemühungen um ein Steuerkompromiß.  
Berlin, 4. Jan. Heute vormittag um 10 Uhr hielt die Reichsregierung eine Ministerversammlung ab, in der sie sich hauptsächlich mit der Reparationsfrage und mit dem Finanzproblem beschäftigte. Die Sitzung dauerte bis um 12 Uhr. Um 12 Uhr empfing der Reichskanzler Dr. Birth die Parteiführer. Der Reichskanzler unterrichtete die Parteiführer über die aktuellen Fragen der auswärtigen Politik, in der Hauptsache aber nach der Besprechung einer Erklärung der Steuerreform, deren Erledigung unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages in Angriff genommen werden soll. Die Bemühungen sind darauf gerichtet, ein Kompromiß betreffs des Steuerproblems zu erreichen.

#### Der Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 4. Jan. Abg. Dr. Stresemann hat, wie schon kurz berichtet, als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages die Absicht, den Ausschuss nach der Konferenz von Cannes zu einer Sitzung einzuladen, damit die Führer der politischen Parteien und auch die Regierung Gelegenheit haben, ihre Stellungnahme zu den in Cannes gefaßten Beschlüssen darlegen zu können. Die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses wird auch deshalb für zweckmäßig erachtet, weil der Zusammentritt des Reichstages erst für den 19. Januar vorgesehene ist und man der Regierung noch vor diesem Termin Gelegenheit geben will, den Vertretern der Reichstagsparteien Mitteilung über ihre Politik zu machen. Ein bestimmter Tag für die Einberufung des Ausschusses ist noch nicht festgesetzt.

## Rußland als europäischer Wirtschaftsfaktor.

Vier Jahre mehr oder weniger vollständigen Abstufes Rußlands von der Weltwirtschaft haben sich bitter gerächt, sowohl für die Ruhestehenden wie für Rußland selbst. Und die Erkenntnis dieser Tatsache hat ihren Ausdruck in den beiden großen Strömungen gefunden, die einerseits vom Westen nach Osten und andererseits hinführend von der Sowjetmacht zum ausländischen Kapitalismus führen, Verbindungen, die wegen ihrer elementaren Notwendigkeit zu immer engerer Annäherung drängen und die gesamte europäische Wirtschaftspolitik beherrschen. Zwei deutlich sichtbare Etappen sind erreicht, einmal in dem neuartigen Plan des internationalen Wirtschaftskonjunktionsplans zum Wiederaufbau Rußlands, sodann in der bedeutungsvollen Billigung des neuen Leninischen Kurzes durch den eben zu Ende gegangenen 9. Parteitag in Moskau. Was die Entente auf den Weg der wirtschaftlichen Verbindungen gedrängt hat, ist bekannt. Militärisch mit Hilfe Denikins, Koltschaks, Wrangels und Potemkin war Rußland nicht bezugommen, das System der Handelsverträge hat infolge der ungleichen Rechtsverhältnisse und des fehlenden Austauschwertes in Rußland nur kümmerliche Anfänge gebracht. Zudem ist durch die Zerrüttung der mitteleuropäischen Verhältnisse Rußland mit seiner gegenüber Rußland bereits im Frieden um mehr als dreifach höheren Aufnahme ausländischer Waren als Käufer ausgetrieben. Andere Absatzmärkte sind durch die eigene industrielle Entwicklung der britischen Dominions und Ausbreitung des amerikanischen Handels nicht vorhanden, und so ist der einzige Ausweg Rußland mit seinem Warenmangel und seinen ungenügenden Rohstoffen. Aber dieser Weg kann nicht beschritten werden, wenn Rußland nicht ebenfalls die Hand ausstreckt, wenn es nicht durch sichere Garantien die Bahn für irgendwelche ausländische Investitionen in Rußland ebnet. Der Verlauf des Parteitagess ist vielleicht ein erster Schritt auf diesem Wege.

Alle Versuche, Rußland als Absatzgebiet für den europäischen Markt wiederzugewinnen, sind bisher gescheitert und mühen sich weiter an der Zerrüttung der russischen Währung, die den Handelsverkehr gegen Vorkaufsmärkte nur in ganz bescheidenem Maße zuläßt, und vor allen Dingen am wirtschaftlichen System. Nur schwer können wir uns zu Bild davon machen, wie man in einem Staate leben kann, der weder Zivil- noch Strafrecht, der lediglich Rechte des Staates an die Volksgenossen oder seine der Volksgenossen untereinander kennt. Soemannte Volksgesetze sind vorhanden, aber sie urteilen nach freiem Ermessen. Sie sind kommunistische Parteilichkeiten, deren Entscheidungen für jedes ausländische kapitalistische Unternehmen verhängnisvoll werden müssen. Die soll sich ein nennenswerter Handelsverkehr entwickeln, der sich bei der vertriebenen russischen Währung zunächst auf Kredit stützen muß, wenn der Gläubiger keine rechtliche Handhabe besitzt, seine Forderungen einzureichen, wie sollen ausländische Unternehmen, wie sie zum Wiederaufbau unvermeidlich sind, sich in Rußland niederlassen können, wenn sie keinerlei Rechtsschutz genießen? Es kann nur kein Zweifel bestehen, daß jede wirtschaftliche Ordnung nur unter den entsprechenden politisch-rechtlichen Verhältnissen denkbar ist. Und selbst wenn es gelänge, durch Verträge mit der Zentralgewalt irgendwelche Schutzgarantien für ein erprobtes Arbeiten mit dem Rußlande zu schaffen, so bliebe es immerhin fraglich, ob die sowjetischen Volksgesetze die die alleinige ausübende Macht in den Händen haben, den Moskauer Nichtstun folgen und nicht durch selbstherrliches Einreiten mit Hilfe der besetzten Kontributionen jede wirtschaftliche Grundlage fremder Unternehmen zerstören. Ein lehrreiches Beispiel dafür sind die außerordentlichen Kontributionen von einmal 100, dann 150 Milliarden Rubel auf den ausblühenden Handel der Stadt Baku, der dadurch rasch wieder vernichtet wurde. Genau abgegrenzte und kontrollierbare Garantien gegen jeden Einwirkungsversuch sowjetischer Volksgewaltigen wären mitfin neben der Schaffung gelebter Schutz- und Einwirkungsbestimmungen die grundlegenden Voraussetzungen für jede fremde Beteiligung in Rußland. Das gefährliche Gemisch für ausländische Wirksamkeit in Rußland aber bildet die verhängnisvolle „Tscheka“, die außerordentliche Kommission zur Bestrafung der Gegenrevolution, die schrankenlose Verfügung über Leben und Tod, über Besitz und Eigentum nicht nur der Russen, sondern auch der Ausländer hat. Sie hat, wie der englische Großindustrielle Leslie Uranhart, der auf Grund des englisch-russischen Handelsvertrages ein früheres Unternehmen in Rußland wieder aufleben wollte, diesen Verlust aber aufgeben mußte, in einem Brief an Krasin ausführt, durch hochentwickelte Methoden der Verleumdung, der Bestechung und des Mordes auf die gewissenlosste Weise dem russischen Volke eine widerliche Unterwerfung aufzuzwingen. Es würde daher jede Phase verlässlicher Tätigkeit des Unternehmens, seiner Beamten und Arbeiter selbst innerhalb ihrer vier Wände von dieser terroristischen Organisationsform bedroht sein. Deutlicher als dieser britische Industrielle auf Grund genauer Kenntnis der russischen Verhältnisse den ungläubigen Zustand der Rechtslosigkeit und der Unmöglichkeit der pionierenden Selbstimpulsi schilbert, kann man die Schwierigkeiten kaum dartun, die jedem ausländischen Versuch zum Wiederaufbau in Rußland und zur Anbahnung geordneter Wirtschaftsbeziehungen entgegenstehen.

Und wenn heute die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland und die Erschließung des russischen Marktes im Vordergrund der europäischen Politik steht, so muß vorher die grundlegende Frage geklärt werden, ob es überhaupt möglich ist, einen Ausgleich zu finden zwischen den beiden so grundverschiedenen Systemen, wie sie der zur